Deutscher Reichstag.

[6. Sitzung. Donnerstag den 6. Juli, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die zollwidrige Verwendung von Gerste. Der Entwurf verbietet die Verwendung der zu dem niedrigen Zollsatz verzollten Gerste zu Brauzwecken. Die Kommission hat die Kenntlichmachung der zu dem niedrigen Zollsatz eingeführten Gerste hinzugefügt.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.) beantragt Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung. (Großer Lärm bei den schwachbesetzten Mehrheitsparteien, die mit Hilfe aus sämtlichen Winkeln des Hauses herbeigeholter Reserven den Antrag zu Fall bringen.)

Abg. **Speck** (Zentr.) verzichtet aufs Wort.

Abg. **Stolle** (Soz.): Auch die amtliche Statistik hat zugeben müssen, daß Mißstände in irgendwie erheblichem Maßstabe nicht vorliegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ja geradezu eine Beleidigung der Zollbeamten, wenn man das annehmen würde. Die Kenntlichmachung würde dem Reiche jährlich Ausgabe von drei Millionen bereiten, während man doch dabei aus allen Ecken und Winkeln Geld zusammenzulegen, um dem Notstande abzuhelfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die vorgeschlagene Rotfärbung wird übrigens von den Behörden des Freistaats Sachsen sehr mißgünstig aufgenommen werden, die bereits in der Anwendung roter Farbe die provozierende Betätigung republikanischer Gesinnung sehen. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es liegt auch vom Standpunkt der Landwirtschaft gar kein Interesse vor, die Getreideeinfuhr zu erschweren. Der deutsche Gerstenbau deckt nicht die Bedürfnisse der deutschen Viehzucht, und gerade der kleine Bauer, der sich nicht leisten kann, seine Gerste selbst zu bauen, bedarf dringend ausländischer Zufuhr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unterstellt man diese, so werden die horrenden Fleischpreise noch weiter steigen. Will das Zentrum dieses Gegenteil einer arbeiterfreundlichen Politik mitmachen? Die Fassung des Gesetzes ist übrigens so, daß der kleinlichen Schikane wieder einmal Tor und Tür geöffnet werden, Gerechtigkeit und das Interesse der Arbeiter wie der kleinen Landwirte verlangen Ablehnung des Gesetzes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgg. **Hausmann** (natl.) und **Hufnagel** (kons.) treten für die Vorlage ein, während

Abg. Dr. **Carstens** (freis. Volksp.) sie bekämpft und darauf hinweist, daß die Regierung die Kommissionsbeschlüsse als unannehmbar bezeichnet habe. (Hört, hört! links.)

Direktor im Reichsschatzamt **Kühn** bestätigt, daß der Kenntlichmachungszusatz der Kommission unannehmbar sei.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vereinigg.) glaubt aus guten Gründen nicht an das Unannehmbar der Regierung und hofft stark auf Verständigung.

Abg. **Gothein** (freis. Vereinigg.) hat ebenfalls jeden Glauben an den „Standpunkt" der Regierung verloren.

Ministerialdirektor **Kühn** bemüht sich vergebens, diesen Glauben wieder herzustellen.

Abg. **Speck** (Zentr.) ist vom Umfall der Regierung überzeugt.

Es laufen ein ein Antrag Hufnagel (kons.) auf namentliche Abstimmung über § 1 und ein Antrag v. Normann (kons.) und v. Hertling (Zentr.) auf Schluß der Debatte. (Ironischer Widerspruch und heftige Zurufe auf der gesamten Linken.)

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Zorniger Lärm beim neuen Block.)

Abg. Dr. Semler (natl.) konstatiert, daß der konservative Graf Mirbach ihm erklärt habe, daß man ihn, Semler, noch vor dem Schlußwort sprechen lassen wolle, wenn er sich verpflichte, nur 5 Minuten zu sprechen. (Stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten und Liberalen.) Versucht man eine ernste sachliche Debatte abzuwürgen. (Stürmischer Beifall links.)

Nach dem auch von den meisten Freisinnigen unterstützten Antrag Speck findet nunmehr über den Schlußantrag Normann eine ungewöhnlich lange namentliche Abstimmung statt, während deren das Haus unter namentlich der Schnapsblock allerhand Ulk und Allotria treibt.

Der Schluß der Debatte wird mit 184 gegen 149 Stimmen bei Stimmenthaltungen angenommen. (Stürmische Pfuirufe links, Gegenrufe rechts und im Zentrum, vergebliches Läuten Dr. Paasches, wilde Unruhe im ganzen Hause.)

Nach erregten und mit noch erregteren Zwischenrufen begleiteten persönlichen Bemerkungen der Abgg. Semler (natl.) und Graf Mirbach (kons.) wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 93 sozialdemokratische und freisinnige Stimmen angenommen.

§ 2 bedroht mit den Strafen der Zollhinterziehung den, der aus dem niedrigeren Zollsatz eingeführter Gerste Malz zu Brauzwecken verarbeitet oder solche Gerste ohne ausdrücklichen Hinweis auf ihre niedrigere Verzollung in Verkehr bringt.

Abg. Stolle (Soz.): Man sagt, die Regierung komme mit diesem Gesetz einem Wunsche der Reichstagsmehrheit nach. Solchen Wünschen geht sie nur nach, wenn es sich um agrarische Zwecke handelt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Bund der Landwirte bildet die Kleinbauern mit der angeblichen Interessengemeinschaft, machen klein und groß; hier aber wird die Einfuhr erschwert, an der der kleine Viehzüchter interessiert ist. Die Behauptung von den umfangreichen Defraudationen ist eine unerhörte Beleidigung gegen unsere Beamten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Freisinnigen.) Das Gesetz ist unannehmbar und geradezu ein Verbrechen gegen die kleinen Landwirtschaft und am Handel. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

§ 2 wird angenommen und — debattelos die folgenden Paragraphen.

§ 5 bestimmt, daß das Gesetz am 1. September dieses Jahres in Kraft tritt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) begründet einen Antrag, gleichzeitig mit diesem Gesetze die Aufhebung der Einfuhrscheine in Kraft treten zu lassen. Die Agrarier möchten gern zwischen Tür und Angel noch einen kleinen Extraprofit einheimsen. Nebenbei diente ihnen diese Beratung, um inzwischen mit den wieder einmal nach Berlin gekommenen Finanzministern zu verhandeln. (Sehr gut! links.) Als mit den Beratungen mit diesen, sei es definitiv, sei es vorläufig, beendet waren, kam man auch gleich mit dem Schlußantrag. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir wissen, daß Herr Speck von Anfang an gegen die Differenzierung der Gerste Sturm gelaufen hat. (Sehr wahr! links.) Diese Differenzierung hatte bewirkt, daß allein die Gerste von allen Getreidearten noch zu leidlich billigen Preisen verkauft wird. Zweck der ganzen Sache dieses neuen agrarischen Gesetzes ist nun, auch die Gerste zu verteuern. Darum eben stellen wir unseren Antrag, der einen gewissen Ausgleich schaffen soll. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, wie wird von der einen Seite am Zolltarif gerüttelt, so kann es auch von unserer Seite geschehen. Die Aufhebung der Einfuhrscheine würde wenigstens eine kleine Erleichterung bringen; eine Suspension der Gesetze wäre natürlich besser. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. **Heim** (Zentr.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Südekums.

Die Abgg. **Bassermann** (natl.) und **Carstens** (freis. Volksp.) erklären, daß ihre Fraktionen in Erwartung der Denkschrift der Regierung über die Wirkung der Einfuhrscheine den sozialdemokratischen Antrag ablehnen.

Derselbe wird alsdann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, § 5 und der Rest des Gesetzes angenommen.

Die Gebrauchsmusterabgabe- und Gastwirtsteuer wird debattelos abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Anzeigensteuergesetzes.

Abg. Dietz (Soz.): Ich kann nur bitten, das von der Kommission wesentlich abgeschwächte kulturwidrige und zwecklose Gesetz abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kreth (kons.) weint dem Gesetze eine Träne nach.

Abg. Wiemer (freis. Volksp.) spricht sich im Sinne der Ausführungen des Abgeordneten Dietz aus.

Der Gesetzentwurf wird in allen seinen Teilen abgelehnt. (Bravo! links.)

Nächster Gegenstand ist die zweite Lesung des Reichsstempelgesetzes.

Abg. Graf Westarp (kons.) beantragt Absetzung dieses Punktes mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen. (Aha! links.)

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn die Aussicht von Profiten für die Agrarier winkt, kommt es den Herren, die sonst gar nicht schnell genug fertig werden können, auf ein paar Tage gar nicht an. Die Art von Steuerwacherei kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. (Lebhafter Beifall links. Unruhe rechts.) Diese Art der Geschäftsverhandlung hat nicht einmal der Zolltarifblock gewagt. Der Reichstag ist nicht mehr eine parlamentarische Körperschaft, sondern eine Abstimmungsmaschine, deren Redner vorgesetzt geschmiert werden. (Lebhafte Zustimmung links. Höllenlärm rechts.)

Dann sollte die Mehrheit lieber ein paar Tage überhaupt die Sitzung aussetzen und dann mit den fertigen Kompromissen in der Tasche wiederkommen. (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe beim Schnapsblock.) Im Volke hat man diese Roßtäuscherei satt. (Wütender Lärm rechts, lebhafte Zustimmung links. Präsident Graf **Stolberg** bezeichnet den Ausdruck Roßtäuscherei als unparlamentarisch.) Das Verhalten der Mehrheit drückt den Reichstag zu einer Schacherbude herab. (Andauernder Lärm bei der Mehrheit. Lebhafte Zustimmung links und auf den Tribünen. Präsident Graf **Stolberg** ruft unter Heiterkeit der Soz. und den Beifall der Rechten den Redner zur Ordnung.)

Der Antrag Westarp auf Absetzung wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Abg. **Singer** (Soz.): Um den Herren noch mehr Zeit für ihre Handelsgeschäfte zu geben, beantrage ich jetzt Vertagung des Hauses. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des **Zündholzgesetzes**.

Abg. **Osann** (natl.) ersucht die Mehrheit wenigstens um Annahme der Anträge seiner Fraktion, die im übrigen getreu ihrem Standpunkt das Gesetz ablehnen werde.

Abg. **Varenhorst** (Reichsp.) feiert das Gesetz unter großer Heiterkeit der Linken als ein Füriorgegesetz gegen den verschwenderischen Gebrauch von Zündhölzern.

Abg. **Mommsen** (freis. Vereinigg.) bezeichnet das Gesetz als das beste Agitationsmittel der Sozialdemokratie und verlangt von der Regierung Aufklärung über ihre Stellung zu demselben. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor **Kühn** gibt seiner Auffassung Ausdruck, daß die Regierung das Gesetz in der Kommissionsfassung annehmen wird, und steht in ihm, unter dem Hohngelächter der Linken, ein Abwehrmittel gegen Brandstiftung. (Rufe links: Unglaublich!)

Abg. **Schwartz-Lübeck**: Selbstredend lehnen wir diese im höchsten Grade willkürliche Vorlage, die die Streichhölzer mit 150 Proz. ihres Wertes besteuert (Hört, hört! bei den Soz.), die der Trustbildung Vorschub leistet und die in der allerfadenscheinigsten Weise begründet wird, rundweg ab. Es scheint wirklich, als ob in der Kommission recht junge Leute gesessen haben, die nicht über ihre Nasenspitze heraussehen können. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Dabei hat die Kommission unter Herrn Erzbergers Vorantritt Berechnungen vorgenommen, die mit dem Einmaleins nicht recht in Einklang zu bringen sind. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn wir boshaft wären, würden wir uns freuen, daß die Mehrheit ein so ungeheuerliches Gesetz macht und damit Wasser auf unsere Mühlen liefert. Aber wir können diese unerhörte Belastung der Allerärmsten nicht billigen und stimmen daher gegen das Gesetz.

Abg. **Sir** (Zentr.) wünscht Differenzierung der Streichhölzerbesteuerung.

Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Volksp.) kennzeichnet in witzigen Ausführungen unter schallender Heiterkeit der Linken die lächerliche Art und Weise, mit der Regierung und Schnapsblock das Gesetz durch den Hinweis auf Brandstiftungen zu begründen sucht.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Wir haben gewartet, ob nicht das so gern in Sozialpolitik machende Zentrum einen Antrag auf Entschädigung der durch diese unerhörte Gesetzgebung brotlos werdenden Zündholzarbeiter einbringen werde. Da unser Warten vergeblich war (Hört, hört! bei den Soz.), haben wir einen Antrag auf Entschädigung dieser Arbeiter eingebracht und beantragen gleichzeitig namentliche Abstimmung darüber. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Erzberger** (Zentrum): Wir glaubten für die Phosphorarbeiter am besten durch Produktionseinschränkung zu sorgen. (Lautes Lachen bei den Soz.)

Der Antrag Molkenbuhr wird mit 194 gegen 142 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Laute Pfuirufe bei den Soz.) Sodann wird § 1 des Gesetzes mit 179 gegen 165 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen und sodann debattelos der Rest des Gesetzes.

Nach Annahme eines Vertagungsantrages durch Hammelsprung mit 185 gegen 153 Stimmen wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr anberaumt. (Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Beratung der Finanzreform.)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die Voix du Peuple (Volksstimme), das Zentralorgan der französischen Gewerkschaften, veröffentlicht ein Rundschreiben des Genossen Legien, internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, worin dieser mitteilt, daß die nächste internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen am 30. und 31. August in Paris stattfinden werde.

Bekanntlich hat die französische Konföderation der Gewerkschaften sich von den zwei letzten Konferenzen ferngehalten, weil der internationale Sekretär, Genossen Legien, sich geweigert hatte, die von ihr vorgeschlagenen Punkte, Generalstreik, Antimilitarismus und Achtstundentag, auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Die Konferenz von Amsterdam (1905) trat dieser Weigerung bei, mit der von Genossen Legien gegebenen Begründung, daß die Fragen der Taktik Sache der internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse seien (an denen die französischen Gewerkschaften seit dem Londoner Kongreß vom Jahre 1896 nicht mehr teilnehmen), und daß die internationalen Konferenzen nur Fragen administrativer Natur und solche, die die Beziehungen der Gewerkschaften der verschiedenen Länder zueinander betreffen, zu erledigen haben. Die Konferenz von Kristiania (1907) erneuerte und bekräftigte den Beschluß.

Infolgedessen nahm der französische Gewerkschaftskongreß von Marseille eine Resolution an, in der gefordert wird, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz die Frage der Einberufung allgemeiner internationaler Gewerkschaftskongresse zu setzen. Diesem Vorschlage entsprechend lautet die Tagesordnung der Konferenz folgendermaßen:

1. Bericht des internationalen Sekretärs.
2. Beratung und Beschlußfassung der Anträge, das internationale Sekretariat betreffend.
3. Organisation internationaler Arbeiterkongresse.
4. Die willkürlichen Maßregeln gegen die ausländischen Arbeiter in Preußen.
5. Die Importierung von Streikbrechern.

Bezüglich des Punktes 2 schlägt die American Föderation of Labor die Gründung einer Internationalen Arbeitsföderation vor zur Verteidigung der Arbeiterinteressen aller Länder und der Gründung einer internationalen Solidarität und Brüderlichkeit. Zum Punkt 4 weist Genosse Legien auf die Schaffung der Legitimationskarten in Preußen hin und auf die Intervention der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags gegen diese Maßregel. Die deutsche Generalkommission hält es für notwendig, daß eine gleiche Aktion in den Parlamenten der anderen Länder gegen diese Maßregel angeregt werde. Zum Punkt 5 liegen Anträge von England und Nordamerika vor.

Anläßlich der Konferenz wird von der französischen Konföderation eine internationale Friedensmanifestation organisiert werden, zu der die internationalen Delegierten, darunter Genosse Legien, ihre Beteiligung zugesagt haben.

Lokales.

Aus dem Bäckergewerbe.

Von der Gauleitung des Bäckerverbandes werden wir um Aufnahme des folgenden ersucht: Vor einiger Zeit sind in der Maternis, Ammon- und den angrenzenden Straßen von seiten des Bäckermeisters Kaiser Flugblätter verteilt worden, in denen sich der Passus befindet: „Die vom menschlichen Standpunkt aus berechtigten Forderungen der Bäckergehilfen habe ich bewilligt!" Damit soll jedenfalls der Anschein erweckt werden, daß K. mit der Gesellenorganisation einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Das ist nicht der Fall. Als bewilligte Betriebe gelten nur die Bäckerei Grafe, Ehrlichstraße 26, Klinger, Rosenstraße 92, und Schneider, Kleine Plauensche Gasse 60.

Achtung, Bauarbeiter!

Bei der Eis- und Bahnbaufirma Jacob sind in Arnsdorf wegen schlechter Behandlung Differenzen ausgebrochen und haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Da voraussichtlich die Firma ihre Rausreißer den am Bahnbau Niedersedlitz—Mügeln beschäftigten böhmischen Kolonnen entnehmen dürfte, so fordern wir die dort beschäftigten Kollegen auf, die böhmischen Kollegen ganz besonders auf die Fernhaltung des Zuzugs aufmerksam zu machen.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Aus der Umgebung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Holzarbeiter der Betriebe des Plauenschen Grundes beschlossen in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung am 6. Juli einstimmig, den Unternehmern als Forderung die Einführung des für Dresden und Umgegend geltenden Vertrages zu unterbreiten.

Inland.

Aus den Gewerkschafts-Organisationen.

Der Handschuhmacher, das bisherige Organ des zum Lederarbeiterverband übertretenden Verbandes der Handschuhmacher, beschließt sein Dasein mit einem historischen Rückblick: Nach vierzig Jahren. Am 4. Juli 1869 wurde der Handschuhmacherverband geschaffen, der heute neben dem Buchdruckerverband zu den ältesten Gewerkschaften Deutschlands gehört. Er ist zudem seit 20 Jahren die einzige Organisation, die 90 Prozent aller Berufsgenossen um ihre Fahne schart. Am Schluß dieses Rückblicks werden die Namen von 14 Kollegen angeführt, die seit Gründung des Verbandes, also seit 40 Jahren, demselben ununterbrochen treue Mitglieder waren. — Der Zentralverband der Lederarbeiter zählt nach seiner Abrechnung am Schlusse des 1. Quartals 1909 7849 Mitglieder. — Die Portefeuiller-Zeitung verabschiedet sich von ihren Lesern in ihrer letzten Nr. 13 dieses Jahrgangs. Das Blatt, das im 9. Jahrgang erschien, war allezeit ein wachsamer Hüter der Verbandsinteressen gewesen. Es bleibt dieser Aufgabe bis zum letzten Augenblicke treu, indem es die bisherigen Mitglieder des Portefeuillerverbandes auffordert, auch im gemeinsamen Verband der Sattler und Portefeuiller ihre Pflicht zu tun. — Im Zentralverband der Stukkateure treten mit dem 1. Juli d. J. einige Statutenänderungen ein. Im ersten Mitgliedschaftsjahre erhält das Mitglied eine Mitgliedskarte, die nach einjähriger Mitgliedschaft gegen ein Mitgliedsbuch umgetauscht wird. Mitglieder, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband in Haft geraten, können aus Mitteln der Hauptkasse unterstützt werden. Die Reiseunterstützung wird nach Bahnkilometern berechnet. Das Sterbegeld beträgt beim Tode eines Mitgliedes oder seiner Ehefrau 50 M. und wird an die Hinterbliebenen gezahlt. Ausgetretene oder wegen Restbeitrags Gestrichene haben außer dem Eintrittsgeld eine Wiederaufnahmegebühr von 3 M. zu zahlen. Ueber die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung hat erst noch eine Urabstimmung zu entscheiden. Im Annahmefalle würde diese Neuerung am 1. April 1910 in Kraft treten. — Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes errichtet in der Verbandszentrale je eine besondere Abteilung für Statistik und für Tarife. Die Posten der hierfür nötigen Hilfskräfte werden ausgeschrieben.

Choristenstreik.

Die Chorsänger und -sängerinnen des Tivoli-Theaters in Bremen, einer Operettenbühne, sind am Abend des 1. Juli — Die lustige Witwe sollte gespielt werden — in den Ausstand getreten. Ein paar Arbeitswillige und eine Anzahl Solomitglieder spielten Arbeitswillige. Direktor der Bühne ist ein Herr Alvarez, eigentlich ein Bierwirt großen Stils, sattsam bekannt aus einem Streik seiner Musiker. Die Gagen der Choristinnen schwanken zwischen monatlich 40 und 90 Mark, die der Choristen zwischen 85 und 90 M. Anlaß zum Streik bot die Anordnung, daß denen, die Vorschuß genommen hatten, nicht nur dieser Vorschuß am Gagetag einbehalten wurde, sondern daß auch noch Strafen, pro Person 4 M., verhängt wurden, weil die Verbrecher während der Probe, als sie nichts zu tun hatten, sich „in unerlaubter Weise" entfernten, „wodurch der ganze Theaterbetrieb gestört wurde". Tatsächlich erhielten manche am 1. Juli keinen Pfennig. Man verlangte also, ehe man Die lustige Witwe spielen wollte, wenigstens die Strafgelder zurück. Nichts da. Raus! Bei der mangelhaften Organisation und dem besonders im Sommer sehr großen Ueberangebot von Hilfskräften wird der Bierwirt nicht lange zu suchen brauchen, bis er für die Ausständigen Ersatz findet und weiter Kunst vergapfen kann. Unter dem Theaterproletariat gärt es zwar, aber es bedarf noch jahrelanger Aufklärungsarbeit, bis die Organisation der Bühnenangehörigen eine Macht wird.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In Mannheim wurde zwischen dem Verband der Brauereiarbeiter ein Tarif auf die Dauer von 2½ Jahr abgeschlossen. Der Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe in Mannheim hat den Tarifvertrag für die in den Handelsbetrieben beschäftigten Personen gekündigt in der Absicht, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. — In der Dampfmühle A. Heymann haben die Arbeiter die Kündigung eingereicht. — Die Steinholzleger von Leipzig sind in den Ausstand getreten. — Die Tischler in Magdeburg haben in einer sehr stark besuchten Versammlung am Sonntag beschlossen, am andern Tage in allen Werkstätten die Arbeit nicht mehr aufzunehmen. 100 Tischler erzielten die Forderungen bewilligt, 600 sind am Montag in den Ausstand getreten. — Die Dachdecker der Firma Meerholz in Stargard i. P. sind in den Ausstand getreten.

Ausland.

Das Koalitionsrecht in der Türkei

Kürzlich wurde im türkischen Parlament über das Koalitionsrecht der Arbeiter verhandelt. Der Minister des Innern, Ferid Pascha, sprach sich gegen die Gewährung des Koalitions- und Streikrechts an die Arbeiter aus, weil dadurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährdet werde. Bekanntlich waren bei Beginn der Revolution auch sofort einige Streiks zum Ausbruch gekommen. Gegen die Rede des Ministers wandten sich nur einige armenische Sozialisten. Es wiederholt sich hier dasselbe Schauspiel, wie bei allen bürgerlichen Revolutionen. Nachdem die Jungtürken ihre Siege mit Hilfe des Proletariats errungen, führen sie wohl bürgerliche Freiheiten durch, die Rechte des Proletariats suchen sie aber möglichst zu beschneiden.

Nun beginnt aber dieses Proletariat selbst sich zu erheben, um seine Rechte zu vertreten. Wie der Telegraph schon kurz gemeldet, fand in Saloniki eine große Protestversammlung vom Arbeitern statt. Diese ist, wie der Pariser Humanité von dort berichtet wird, viel bedeutender gewesen, als nach den Meldungen der bürgerlichen Presse scheinen machte. Wie wir dem oben bezeichneten Bericht entnehmen, sind in Saloniki 28 gewerkschaftliche und politische Organisationen vorhanden. Es sind das hauptsächlich griechische, jüdische und bulgarische Gewerkschaften und bulgarisch-sozialistische Klubs. Unter den gewerkschaftlichen Vereinigungen befinden sich solche der Zigarettenmacher, Schuhmacher, Buchdrucker, Tischler, Schneider usw. Der an die Arbeiterschaft verbreitete Aufruf war in türkischer, griechischer, bulgarischer, französischer und hebräischer Sprache gehalten. Ueber 6000 Personen folgten dem Rufe, und die bedeutendste